

Wachsende Probleme für Tamilen - Auch Rückkehrer betroffen

von Walter Keller

Die Sicherheitslage für Tamilen hat sich seit den Offensiven der LTTE auf Gebiete im Vanni und das Gebiet um den Elephant Pass, dem Bombenattentat auf die Präsidentin vom 18. Dezember 1999 sowie anderen Entwicklungen entscheidend verschlechtert. Seit Ende Dezember 1999 haben die Sicherheitskräfte zahlreiche, in ihrer Art bisher nicht gekannte, Razzien ("round ups") im Großraum von Colombo durchgeführt. Die genaue Zahl der vorübergehend festgenommenen ist nicht bekannt. Allein im Januar und bis Mitte Februar dürften jedoch in Colombo und den angrenzenden Gebieten (Gampaha-Distrikt) schätzungsweise bis zu zehntausend Tamilinnen und Tamilen vorübergehend festgenommen worden sein. So wurden allein bei einem "round-up" am 29./30. Januar 2000 nach Presseinformationen 1.371 Tamilen und 365 Tamilinnen festgenommen. Die "round-ups" waren jeweils verbunden mit kurzfristig angesetzten Ausgangssperren über zwölf Stunden (etwa von Mitternacht bis zum nächsten Tag 14.00 Uhr), die die gesamte Bevölkerung Colombos und der angrenzenden Gebiete betrafen. Während dieser Ausgehverbote wurden von den Sicherheitskräften die überwiegend von Tamilen bewohnten Gebiete durchsucht. Auf den Polizeiwachen wurden sie fotografiert und gefilmt. Bei den anschließenden Verhören wurden nach Informationen des 'BBC-Worldservice' vom 23. Januar 2000 auch maskierte Personen zur Identifikation von mutmaßlichen LTTE-Unterstützern eingesetzt. Bei den Maskierten handelt es sich vermutlich um Angehörige von mit der Regierung kooperierenden Tamilenorganisationen (anti-LTTE-Organisationen).

Tamilische Politiker wie Menschenrechtsorganisationen haben die Aktionen scharf verurteilt. Diese brächten der tamilischen Bevölkerung nur weiteres Leid und Unannehmlichkeiten, echte LTTE-Kämpfer würden dabei sowieso nur selten entdeckt, hieß es.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Mehrheit der Inhaftierten nach 24 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt wurde (wobei eine erneute Inhaftierung nach einigen Tagen nicht ausgeschlossen werden kann). Genaue Zahlen darüber liegen nicht vor, da sie von den Sicherheitskräften meist nicht veröffentlicht werden. Legt man jedoch eine Angabe der in Colombo erscheinenden Tageszeitung 'The Island' zugrunde, so kann behauptet werden, daß ein erheblicher Teil der Inhaftierten für länger als 24 Stunden inhaftiert blieb. Die Zeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 30. Januar 2000 darüber, daß bei den "round-ups" vom 29./30. Januar von insgesamt 1.736 festgenommenen Personen alle bis auf 370 Männer und Frauen in Haft verblieben seien.

Keine Arbeit - kein Wohnraum

Die weiter eskalierende Lage macht es für den Großteil der Tamilen zunehmend schwierig bis unmöglich, eine Arbeit in Colombo zu finden. Dies gilt schon seit langem für den staatlichen Sektor, zunehmend aber auch für den privatwirtschaftlichen Bereich. Die größten Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, dürften jüngere Tamilen und zunehmend auch Tamilinnen haben, weil in ihnen schon aufgrund des Alters ein(e) potentielle(r) Unterstützer/Unterstützerin der LTTE gesehen wird.

Die Verdächtigungen gerade gegenüber jungen Tamilinnen haben in jüngster Zeit durch die zahlreichen Bombenanschläge im Großraum von Colombo neue Nahrung erhalten, weil junge Tamilinnen als "LTTE-Suizidbomber" daran beteiligt

waren.

Auch gegenüber den aus dem Ausland zurückkehrenden Tamilen und Tamilinnen besteht große Zurückhaltung seitens potentieller Arbeitgeber weil häufig angenommen wird, daß der Auslandsaufenthalt dem Zwecke der Asylbeantragung galt und der Grund für die Asylbeantragung eine wie auch immer geartete Nähe zur LTTE gewesen sein könnte.

Auch Wohnraum zu finden, gestaltet sich zunehmend schwieriger, da kaum noch Vermieter bereit sind, an Tamilen (vor allem an junge alleinstehende Männer oder Frauen) ein Zimmer oder eine Wohnung zu vermieten. Auch tamilische Vermieter werden durch die zahlreichen Razzien der Sicherheitskräfte zunehmend davon abgehalten, selbst Angehörigen ihrer eigenen Volksgruppe Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Was den meisten Tamilen bleibt, ist eine Unterkunft in den zahlreichen Billighotels ("Lodges"), die sich vorwiegend in den überwiegend von Tamilen dominierten Stadtteilen Colombos befinden. Die Preise liegen, je nach Ausstattung, bei einigen hundert bis etwa eintausend Rupien pro Tag (1 DM = 36 Rupien). Diese Unterkünfte unterliegen jedoch ständigen Observationen durch die Sicherheitskräfte bzw. sind von den regelmäßig stattfindenden Razzien besonders betroffen (wie mir bei Recherchen in Colombo mitgeteilt wurde, werden "Lodges" dann von "round-ups" verschont, wenn sie über gute Kontakte zur Polizei verfügen, d.h., wenn regelmäßige Schmiergelder gezahlt werden).

Verhaftungen aufgrund der Anwendung des 'Immigrants and Emigrants Act'

Zusätzliche Probleme bei der Einreise von Rückkehrern haben sich seit 1998 durch den novellierten 'Immigrants and Emigrants Act' (Nr. 42 von 1998) ergeben, der häufig zur Anwendung kommt. Danach wird eine ungesetzliche Ausreise aus Sri Lanka, z.B. mit gefälschtem Paß, unter Strafe gestellt. Dies ist seit der Novellierung des Gesetzes, welches seit dem 24. Juni 1998 gilt, vielen Rückkehrern unterstellt worden (wobei der Beklagte nachzuweisen hat, daß er nicht mit gefälschten Papieren ausgereist ist).

Aufgrund dieser neuen Gesetzeslage kommt es, verglichen mit den Jahren zuvor, zu einer **erheblichen** Zunahme von Inhaftierungen bei der Einreise. Besonders betroffen sind solche Rückkehrer, die mit sogenannten 'Emergency Certificates' ('Laissez Passer') einreisen, weil besonders bei diesem Personenkreis davon ausgegangen wird, daß die Ausreise illegal, d.h. mit gefälschten Papieren, stattgefunden hat (kommt es bei der Ankunft nicht zu einer Verhaftung, so kann es für den Rückkehrer, der nur mit einem 'Emergency Certificate' einreist, weitere Schwierigkeiten während des Aufenthaltes in Colombo oder anderswo geben, weil dieses Papier von den Sicherheitskräften nicht als Ausweispapier anerkannt wird. Häufig ist es auch so, daß das 'Emergency Certificate' bei der Einreise am Flughafen in Colombo [Katunayake] von der dortigen Einreisebehörde gegen Ausstellung einer Quittung zurückgehalten und dem Rückkehrer nicht wieder ausgehändigt wird).

Die veränderte Fassung des 'Immigrants and Emigrants Act' sieht für den Tatbestand einer Ausreise mit gefälschten Personaldokumenten eine Geldstrafe von 50.000 bis 200.000 Rupien sowie eine Haftstrafe von mindestens einem Jahr und höchstens fünf Jahren vor. Ausdrücklich wird mit dem neuen Gesetz die Kombination von Haft- und Geldstrafe eingeführt.